

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Thomas Huber

Abg. Doris Rauscher

Abg. Eva Gottstein

Abg. Katharina Schulze

Abg. Mechthilde Wittmann

Abg. Steffen Vogel

Staatsministerin Kerstin Schreyer

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion

"Das Beste für Bayerns Familien"

Die Regeln für die Aktuelle Stunde sind bekannt; ich muss sie hier nicht vortragen. Die fraktionslosen Abgeordneten haben jeweils bis zu zwei Minuten Redezeit. – Erster Redner ist der Kollege Thomas Huber von der CSU. Herr Kollege, bitte schön, Sie haben das Wort.

Thomas Huber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bayern ist Familienland Nummer eins, und das soll es auch bleiben. Wir haben nach dem aktuellen Stand von 2016 fast 1,9 Millionen Familien in Bayern. Diese Familien sind die Keimzellen unserer Gesellschaft. Die Familien sind auch der wichtigste Ort, an dem Kinder unsere Werte und das Rüstzeug fürs Leben lernen können. Daher haben die Familien für uns als CSU höchste Priorität. Familienpolitik ist eines unserer absoluten Kernthemen.

(Beifall bei der CSU)

Unser Ministerpräsident Markus Söder hat einen großen Teil seiner Regierungserklärung den Familien in Bayern gewidmet. Wir werden viele Maßnahmen umsetzen, die für unsere Familien und genau für ihre Bedürfnisse gemacht sind; denn das Beste für Bayerns Familien ist das Beste für Bayern.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Familien sind heute auch bei uns in Bayern vielen Anforderungen und Herausforderungen ausgesetzt. Als CSU setzen wir seit Jahren auf eine Politik, die die Familien nicht bevormundet, ihnen nicht sagt, was sie tun sollen, sondern ihnen dabei hilft, ihr Lebenskonzept umzusetzen. Es geht darum, nicht einer bestimmten Ideologie zu folgen, sondern darum, auf die Realitäten zu schauen und gezielt Unterstützung zu leisten, wo sie erforderlich ist – finanziell insbesondere

dann, wenn die Kinder kleiner sind. Unsere Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum, gerade auch in den Ballungsräumen.

Zum Thema Betreuung der Kinder: Wir brauchen eine verlässliche und vor allem auch qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. Wenn in Situationen der Überforderung Schwierigkeiten auftauchen, helfen wir in Bayern zum Beispiel mit der Erziehungsberatung, den koordinierenden Kinderschutzstellen oder der Schreibaby-Beratung.

Wir helfen natürlich auch in der Arbeitswelt. Zunächst sind vor allem die Arbeitgeber gefragt, attraktive, familienfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Ich will auch gleich ganz klar sagen: Das gilt für mich für alle Formen von Familien, die wir in Bayern haben – Ehepaare mit Kindern, Patchwork-Familien und auch Alleinerziehende.

Mit dem Elterngeld, mit dem Kindergeld, mit Kinderfreibeträgen und mit dem Kinderzuschlag sind schon bundesrechtlich wichtige Unterstützungsleistungen geregelt. Im Koalitionsvertrag mit der SPD haben wir auf Bundesebene gemeinsam erhebliche Verbesserungen vereinbart, zum Beispiel die Erhöhung des Kindergeldes und natürlich auch den Kinderfreibetrag. Gerade aber für Alleinerziehende haben wir zuletzt beim Unterhaltsvorschuss ganz entscheidende Verbesserungen erzielt. Auch dabei hatten wir die konkrete Situation der Menschen immer fest vor Augen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, heute sind mir aber die Unterstützungsleistungen wichtig, die wir in Bayern für unsere Familien haben und die es zum Teil in keinem anderen Bundesland gibt. Wir haben das Betreuungsgeld, wir haben das Landeserziehungsgeld und unterstützen unterschiedliche Lebensentwürfe unserer Familien. Wir investieren wie kaum ein anderes Land in die Kinderbetreuung. 2018 werden wir allein in die Betriebskostenförderung rund 1,7 Milliarden Euro stecken und damit 54 % der Grundkosten der Kinderbetreuung zahlen. Kein anderes Bundesland leistet mehr als Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die Beitragsentlastung im dritten Kindergartenjahr, und jetzt, meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen – unser Ministerpräsident Markus Söder hat dies in seiner Regierungserklärung angekündigt –, verbessern wir die Unterstützung für unsere Familien noch einmal: Wir werden das Betreuungsgeld und das Landeserziehungsgeld bündeln und zu einem bayerischen Familiengeld weiterentwickeln. Dabei legen wir noch ordentlich oben drauf. Mit dem Familiengeld erhalten Familien monatlich 250 Euro für jedes Kind im zweiten und dritten Lebensjahr, insgesamt also 6.000 Euro. Ab dem dritten Kind gibt es für jedes Kind monatlich 300 Euro, insgesamt also 7.200 Euro. Wichtig ist uns, dass das Familiengeld unabhängig vom Einkommen und unabhängig von der Art der Betreuung gewährt wird. Eltern können damit auch die Kita bezahlen. Alle Familien mit kleinen Kindern erhalten damit mehr als bisher, und das neue Familiengeld kommt sogar Eltern zugute, die bisher weder das Betreuungsgeld noch das Landeserziehungsgeld erhalten haben. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist in Deutschland beispiellos.

Wir lösen damit noch stärker als bisher unser Versprechen ein, dass wir in Bayern für Wahlfreiheit stehen. Gleichzeitig, weil wir eben für echte Wahlfreiheit stehen, investieren wir weiter intensiv in den Ausbau und in die Qualität unserer Kinderbetreuungsangebote. Wir bauen die Angebote aus, insbesondere für Grundschulkinder, und entlasten das pädagogische Personal in den Kitas, damit sich die Erzieherinnen und Erzieher wieder mehr auf die Arbeit und die individuelle Betreuung der Kinder konzentrieren können. Gerade der Ausbau der Betreuungsangebote für Schulkinder ist für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein ganz entscheidender Schritt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen von der Opposition, ich weiß, dass einige oder viele von Ihnen das Familiengeld kritisieren. Ich will Ihnen aber auch eines ganz deutlich sagen: Sie liegen damit falsch. Sehr viele Familien, die ich in den letzten Tagen und am letzten Wochenende bei den verschiedensten Anlässen getroffen habe, sagen mir, dass das genau der richtige Weg ist. Da geht es nicht um Ideologie, sondern einfach darum, dass die Menschen sehen, dass wir ihre Erziehungsarbeit wertschätzen und

sie dabei nicht im Stich lassen, sondern sie unterstützen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Wir hören aber nicht beim Familiengeld auf. Vor allem beim Thema bezahlbarer Wohnraum, der sozialen Frage der Zukunft, greifen wir ganz besonders an; denn das ist gerade in den Ballungsräumen für die Familien eines der Topthemen, die viele Menschen, viele Einheimische bewegen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir haben in Bayern bereits eine umfangreiche Wohnraumförderung, aber wir haben auch einen enormen Zuzug. Bei uns gibt es viele Arbeitsplätze, die natürlich Grundlage für die wirtschaftliche Stärke unseres Landes sind. Es gibt attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen und hervorragende Perspektiven. Dies ist auch ein Beweis dafür, dass wir in Bayern in den letzten Jahren vieles richtig gemacht haben; denn sonst würde ja angesichts der hohen Preise im Ballungsraum München niemand zu uns kommen wollen.

Wir wollen und müssen aber mehr für bezahlbaren Wohnraum, gerade auch für unsere einheimische Bevölkerung, tun. Daher gründen wir, wie von Ministerpräsident Markus Söder angekündigt, eine eigene Wohnbaugesellschaft, die BayernHeim, die bis 2025 10.000 Wohnungen schaffen wird, gerade auch, liebe Ministerin Ilse Aigner, für mittlere und untere Einkommensgruppen.

(Beifall bei der CSU)

Unseren Familien werden wir mit dem bayerischen Baukindergeld Plus die Bildung von Wohneigentum erleichtern. Gerade die Bildung von Wohneigentum ist enorm wichtig, um Altersarmut von Familien zu verhindern. Wir legen auf das Baukindergeld des Bundes 300 Euro drauf. Damit gibt es 1.500 Euro pro Kind und pro Jahr. Über einen Zeitraum von zehn Jahren bekommt damit in Bayern eine Familie mit zwei Kindern bei Neubau oder Kauf einer Wohnung 40.000 Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, familienpolitische Herausforderungen angehen heißt für uns als CSU, Unterstützung zu leisten, die den Bedürfnissen der Familien entspricht und ihnen eigenen Gestaltungsspielraum ermöglicht. Gute Politik ist Handeln ohne ideologische Scheuklappen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Alles das, was ich jetzt beispielhaft aufgezählt habe, zeigt, dass wir enorme Anstrengungen unternehmen, damit Bayern auch in Zukunft das Familienland Nummer eins in Deutschland bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Rauscher von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Doris Rauscher (SPD): Schönen guten Morgen, verehrtes Präsidium, Frau Ministerin, Kolleginnen und Kollegen! Seit Jahren hören wir zum Thema Familien in Bayern immer nur eins: Die Superlative – das Beste für Bayerns Familien – so lautet auch der Titel der heutigen Aktuellen Stunde. Schon letzte Woche, wie bereits erwähnt wurde, durften wir im Rahmen der Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten hören, welche neuen Ideen er im Bereich der Familienpolitik hat. Es ist schon spannend, wie viele neue Maßnahmen für Familien in Bayern im Wahljahr vonseiten der CSU-Staatsregierung doch plötzlich nötig werden – hört, hört. Als SPD freut es uns, dass die CSU zur Einsicht kommt. Familien in unserem Land brauchen mehr Unterstützung als bisher. Kolleginnen und Kollegen, aber Geld allein macht Familien in Bayern halt auch nicht wirklich glücklich. Diese Rückmeldung kommt von den Familien. Wir brauchen deutlich mehr Bausteine und Nachhaltigkeit statt Schnellschüssen, heißer Luft im Landtag und imposanten Schlagzeilen im Wahlkampf.

(Beifall bei der SPD)

Das Schlimmste daran ist, dass Familien für Sie ganz offensichtlich ein Spielball im Wahlkampf sind – alle fünf Jahre wieder. Dabei tapsen Sie nur unbeholfen herum. Vor fünf Jahren haben Sie für all diejenigen das Betreuungsgeld eingeführt, die ihre Kinder

nicht in die Kita geben wollten. Bei der Beschlussfassung zum letzten Haushalt haben Sie noch die Einkommensgrenze für das Landeserziehungsgeld erhöht. Heute ist beides weg – und neue Leistungen sind da. Erkennen Sie eigentlich Ihre Unbeholfenheit, Ihren Schlingerkurs in der Familienpolitik und die fehlende Nachhaltigkeit Ihrer Entscheidungen?

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident hat es letzte Woche auf den Punkt gebracht, wenn er seine Wahlgeschenke mit diesen Worten kommentiert: Wir werden in diesem Jahr zeigen, was uns Familien wert sind, und sie werden Unterstützung bekommen. – Im Umkehrschluss bedeutet das: In den vergangenen Jahren waren Ihnen Familien nicht so viel wert.

(Tobias Reiß (CSU): Das täuscht!)

Auf Verbesserungen während der laufenden Legislaturperiode haben Sie auch konsequent verzichtet. Ich verstehe jedoch, dass Geschenke pünktlich zum Wahljahr kommen müssen. Das alleine ist schon beschämend. Kolleginnen und Kollegen, wenn wir wirklich das Beste für Bayerns Familien wollen, muss die CSU einfach einmal erkennen, dass bei uns in Bayern noch deutlich Luft nach oben ist. Das gilt gerade für die bayerischen Familien, die nicht auf der finanziellen Sonnenseite des Lebens stehen. Diese Familien werden in Ihrem Plan überhaupt nicht erwähnt. Bayern ist ein Land, in dem nach wie vor gerade Familien abgehängt werden. Fast 400.000 Kinder und Jugendliche sind von Armut bedroht – genauso ihre Familien. Das Schlimmste daran: Die Zahlen steigen, Armut nimmt zu und nicht ab.

Viele Familien bewegen sich tagtäglich am finanziellen Limit. Sie kämpfen um das Mindeste. Mütter haben am Arbeitsmarkt nach wie vor das Nachsehen. Der Großteil der Eltern klagt über zunehmenden Stress. Rund 87 % der bayerischen Familien melden zurück, dass sie mit Kindern einen Nachteil in Kauf nehmen müssen. Eine echte Entlastung durch Kitas besteht nicht. Offensichtlich fehlen uns 53.000 Krippenplätze.

In den Kindergärten und in den Grundschulen sieht es ebenfalls düster aus. Die angekündigten 30.000 Kita-Plätze und 10.000 Hortplätze sind eigentlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, die Schaffung dieser Betreuungsplätze würde ich zur Pflicht und nicht zur Kür erklären.

(Beifall bei der SPD)

Auf die Qualität von Kitas möchte ich heute gar nicht vertieft eingehen, weil dies den Rahmen sprengen würde. Nur so viel: Auch hier verweigern die CSU-Landtagsfraktion und die CSU-Staatsregierung seit Jahren jegliche Initiativen zur Verbesserung der Situation.

(Beifall bei der SPD)

Gerade auf dem Wohnungsmarkt hat die Staatsregierung schlichtweg versagt. Ein Baukindergeld wird den Wohnraummangel nicht lösen. Das ist die traurige Realität der Familienpolitik in Bayern. Was hat die Staatsregierung getan, um für Familien, für Mütter, Väter und ihre Kinder, das Beste zu tun? – Sie haben Ihr familienpolitisches Konzept permanent verteidigt. Sie haben auf die wirkliche Wahlfreiheit durch das Betreuungsgeld verwiesen und viel Energie darin investiert, Initiativen abzulehnen. Welche Maßnahmen haben Sie eingeleitet, die bei den Familien gerecht und direkt ankommen? – Wir als SPD haben in den vergangenen Jahren viele Anträge und Initiativen eingebracht für Kitas, für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Erzieherinnen und Erzieher, für mehr Beratungsangebote und Maßnahmen, um den Spagat zwischen Familie und Beruf besser bewältigen zu können. Jede einzelne Initiative und jeder einzelne Antrag wurde abgelehnt, meistens mit Verweis auf zu hohe Kosten. Dieses Geld ist jetzt ganz zufällig pünktlich zur Wahl im Überfluss vorhanden und wird über Familien gestreut. Wie erklären Sie das eigentlich den Alleinerziehenden und den

Familien, die aus wahltaktischen Gründen schon lange auf Verbesserungen warten mussten?

(Beifall bei der SPD)

Glauben Sie wirklich, dass bayerische Familien dieses Spiel nicht durchschauen? – Pünktlich zur Wahl sprechen CSU und Herr Söder eine ganz neue Sprache: Wir schaffen mit dem Familiengeld das erste Mal maximale und echte Wahlfreiheit für Familien. Was war das für ein Geschwurbel die letzten Jahre, als es um das Betreuungsgeld ging. Ein Erfolg, eine Bestätigung der Familienpolitik, echte Wahlfreiheit – das war bis vorletzte Woche die einhellige CSU-Bewertung zum Betreuungsgeld. Meinen Sie, das ist noch glaubwürdig? Erkennen Sie eigentlich selbst Ihren Zickzackkurs? – Ich könnte noch viele Beispiele nennen: Büchergeld, Studiengebühren, G 8, GBW-Wohnungen. Nun ist es das Betreuungsgeld. Wenn es erst jetzt echte Wahlfreiheit gibt, frage ich: Was gab es dann für die Familien die letzten Jahre?

(Beifall bei der SPD)

Jetzt ändern Sie das scheinbar. Soll es das für Familien in Bayern wirklich gewesen sein? Kolleginnen und Kollegen, wofür steht die CSU eigentlich? – Damit Familien das Beste in Bayern bekommen, braucht es Geld. Das ist richtig. Aber sie brauchen eben nicht nur Geld. Es reicht nicht aus, wenn es rechtzeitig zur Wahl Bratwürste regnet. Nötig ist ein nachhaltiges Gesamtpaket und nicht nur ein Zuckerl für das zweite und dritte Lebensjahr. Dann endet Ihr Familiengeld. Was passiert danach? – Darüber hinaus ist Ihr Familiengeld alles andere als fair, weil es nicht sozial gesteuert wird und nach wie vor eine umfassende Teilhabegerechtigkeit von Kindern verhindert. Bei Ihnen müssen Familien für den Zugang zu Bildungseinrichtungen immer noch Gebühren zahlen. Den gebührenfreien Zugang zu Kitas und somit auch den gebührenfreien Zugang zu Bildungseinrichtungen hat der Ministerpräsident schließlich ausgeschlossen.

Für eine echte Unterstützung für Familien in jeder Lebenslage brauchen wir andere Maßnahmen, damit sich jeder seinen Familientraum auch erfüllen kann. Wir haben das in diesem Hohen Haus schon oft diskutiert.

Die SPD fordert eine eigenständige Kindergrundsicherung zur Existenzsicherung und zum Zugang zu sozialen und kulturellen Angeboten. Wir fordern beste Bildungs- und Teilhabechancen für die Jüngsten mit beitragsfreiem Zugang zur Kita und somit eine hohe finanzielle Entlastung für die Familien. Wir fordern eine Arbeitswelt, die sich an den Bedarfen und Wünschen der Familien orientiert, eine Verbesserung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine mittelfristige Reduzierung der Arbeitszeit mit Rückkehrrecht und niedrigschwellige Anlaufstellen zur Beratung und Unterstützung von Familien, wenn sie sie brauchen. Wir fordern eine finanzielle Entlastung, die tatsächlich bei den Familien ankommt, damit sie im Alltag unterstützt werden. Wir brauchen einen sozial gesteuerten Familienbonus. In den Familien soll Partnerschaftlichkeit gelebt werden. Das ist nämlich der Wunsch bayerischer Familien. Derzeit schauen sie aber ordentlich mit dem Ofenrohr ins Gebirge. Wenn wir über Familienpolitik sprechen, brauchen wir auch unterstützende Maßnahmen für pflegende Angehörige. Für pflegende Angehörige gibt es nach wie vor zu wenige Beratungsstellen im Land, auch wenn Sie jetzt mit Ihrem bayerischen Familienpflegegeld ein erneutes Wahlkampfgeschenk machen.

Für all diese genannten Maßnahmen setzt sich die SPD seit Jahren deutlich ein. Wie vorhin erwähnt, haben Sie beim Wohnungsmarkt eine Rolle rückwärts gemacht und Mittel reduziert, anstatt sie zu erhöhen. Familien melden immer wieder, dass gerade auf den Wohnungsmarkt eine besonders große Not herrscht. Mit nachhaltigen Konzepten hat das wirklich nichts zu tun.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Huber (CSU))

– Herr Kollege, Sie können sich gerne zu Wort melden. Im Rahmen der Aktuellen Stunde geht es jedoch nicht. Sparen Sie sich Ihre Zwischenrufe.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns doch einfach einmal festhalten: Wir brauchen eine komplett andere Herangehensweise – durchdacht und nachhaltig.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen gute Arbeit, bezahlbares Wohnen, beste Bildung, die beste soziale Infrastruktur und soziale Entlastung.

(Tobias Reiß (CSU): Das haben wir in Bayern!)

– Herr Kollege, leider haben wir das nicht in Bayern. Außerdem brauchen wir finanzielle Entlastung.

(Zurufe von der CSU)

Das, Kolleginnen und Kollegen, wäre wirklich das Beste für Bayerns Familien. Aber das bekommen sie nur mit der SPD. Sie haben die Probleme mit Ihren Konzepten nicht gelöst.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Gottstein von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie ein Mann sind, kennen Sie den folgenden Spruch zumindest der Statistik nach: "Hey, wie war ich?"

(Tobias Reiß (CSU): Hä? – Allgemeine Heiterkeit)

– Ja, laut Statistik ist das ein Spruch, der von Männern oft und häufig angewendet wird.

(Allgemeiner Widerspruch)

– Lesen Sie entsprechende Zeitschriften, dann werden Sie sich bilden.

(Allgemeine Heiterkeit – Tobias Reiß (CSU): Was ihr bei den FREIEN WÄHLERN alles macht! Sie dürfen nicht nur mit den Männern bei den FREIEN WÄHLERN reden! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In dieser Serie gibt es also heute die Fortsetzung zu "Das Beste für Bayerns Familien". Ich hoffe – das ist nämlich schon die erste Frage, die ich mir stelle, wenn ich diesen Satz lese –, dass Sie nicht nur bayerische Familien meinen. Hoffentlich meinen Sie Familien, die in Bayern leben, also bayerische Familien, Familien, die in Bayern leben und aus dem deutschen Ausland kommen, und Familien, die in Bayern leben und aus dem nichtdeutschen Ausland kommen, wie zum Beispiel Flüchtlingsfamilien. Das sei als weitere Vorbemerkung festgehalten.

Natürlich geht es hauptsächlich um ganz viel Geld. Es geht darum, was wir alles tun. Es ist sicherlich in Ordnung, wenn eine Regierungsfraktion das macht. Es ist aber unsere Aufgabe als Opposition, nachzuhaken und Optimierungsbedarfe aufzuzeigen. Wir haben erst in dieser Woche erlebt, wie beim Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz nachgebessert wurde. Dies ist auch deshalb geschehen, weil die Opposition es wagt, Ihnen zu sagen, was besser gemacht werden kann. Manchmal gehen Sie ja darauf ein.

Was passt denn alles nicht, obwohl Sie darstellen, wie toll alles sei? – Die Geburtshilfe, mit der eine Familie beginnt. Selbst Sie können die katastrophale Situation der Hebammenversorgung in Bayern nicht wegdiskutieren. Es gibt immer noch einen zu geringen Verdienst, viel zu viel Bürokratie und hohe Risiken. Deswegen sind wir zumindest in diesem Punkt nicht Familienland Nummer eins.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wie schaut es denn mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus? – Wir liegen bei den Betreuungsquoten für jüngere Kinder bundesweit immer noch an drittletzter, also vorletzter Stelle. Kita-Plätze fehlen einfach noch. Auch hier sind wir nicht Familienland Nummer eins. Wie sieht es beim steigenden Wohnraumbedarf aus? – Den kennen Sie. Natürlich ist ein Baukindergeld ein richtiger Ansatz. Aber auch das hilft doch ganz vielen Familien momentan nicht weiter, weil sie sich letztendlich keine größere Wohnung leisten können oder keine finden.

Wir sind die Letzten, die nicht sagen: Toll, wenn jetzt so viel Geld in die Hand genommen wird. Wir fragen aber nach, ob das, was Sie machen, zielgerichtet ist. Wir können auch rechnen. Sie streichen das Betreuungsgeld, und das tun Sie ganz elegant. Die ganze Diskussion um die Herdprämie und darüber, wie toll es war, dass jemand sein Kind nicht in eine öffentliche Einrichtung gegeben hat, ist vergessen. Anscheinend haben Sie selber erkannt, dass das nicht der richtige Ansatz war. Sie haben wohl auch den Bürokratieaufwand erkannt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber klar ist doch auch, dass eine Mutter, die bisher das Landeserziehungsgeld bekommen und ihr zweijähriges Kind zu Hause betreut hat, 300 Euro für ihr Kind zur Verfügung hatte. Mit der Änderung bekommt sie nun 250 Euro für ihr zweijähriges Kind. Das sind 50 Euro weniger.

(Widerspruch bei der CSU)

– Natürlich. Was eins? So viele ein-, zwei- und dreijährige Kinder gleichzeitig zu haben, ist schwierig, sofern man nicht Zwillinge und Drillinge entbindet. Für diese Gruppe streichen Sie im Prinzip 50 Euro pro Kind. Wir lassen uns nicht in die Ideologiefalle treiben. Wir, die FREIEN WÄHLER, sind absolut dafür, dass die Frauen eine Wahlmöglichkeit haben sollen. Gehen Sie doch endlich in die Richtung, einen Rentenfonds aufzulegen. Sie könnten die 250 Euro für die zwei- und dreijährigen Kinder splitten. 125 Euro könnten die Mütter bar erhalten, und die anderen 125 Euro gehen in

einen Mütterfonds, damit die Frauen später nicht in der Altersarmut landen, weil sie sich entschieden haben, zu Hause zu bleiben. Das ist doch das Problem. Das Problem liegt doch nicht bei der momentanen Kasse, sondern bei der Kasse im Alter, die nicht stimmt, wenn Mütter die Kinderbetreuung selbst übernehmen. An dieses Problem gehen Sie überhaupt nicht heran.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es wäre noch viel zu sagen. Wir, die FREIEN WÄHLER, wollen nach wie vor, dass das Geld in erster Linie dafür verwendet wird, dass nicht nur das letzte Kindergartenjahr, sondern auch das vorletzte und in den Folgejahren immer mehr Kindergartenjahre freigestellt werden. Bildung ist Aufgabe des Staates. Frühkindliche Bildung ist keine Betreuung, sondern Bildung. Die kommt direkt bei den Kindern und den Familien an. Hier machen Sie gar keine Ansätze. Das bedauern wir.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir könnten noch viel sagen. Die Geburtshilfe habe ich bereits angesprochen. Auch das Pflegegeld darf kein Almosen sein. Momentan geht es aber in diese Richtung. Schauen Sie nach Österreich. Wie gesagt, wir sind dabei. Derzeit wird viel Nebel – was macht man mit Nebel? – versprüht. Sie versprühen Nebel. Sie machen Schaum-schlägerei. Sie sollten wesentlich pragmatischere Ansätze wählen. Mit Geld kann man nicht alles heilen. An diesen Ansätzen fehlt es Ihnen noch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächste hat Frau Kollegin Schulze vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Familie, Beruf und vielleicht noch etwas Zeit für sich selbst, das alles unter einen Hut zu bekommen, ist nicht leicht. Manchmal reichen dafür 24 Stunden am Tag leider nicht. Das ist für alle Familien schwer, egal ob es die alleinerziehende Mutter, die gemein-

sam Erziehenden oder die Patchworkfamilien sind. Politik muss Rahmenbedingungen setzen, damit Familien entlastet werden. Erst hat die CSU das Betreuungsgeld jahrelang als Maßnahme gepriesen und verbissen gegen jede Kritik und jedes gute Argument verteidigt, weil es – so haben Sie immer gesagt – gut für die Wahlfreiheit sei. Und jetzt? – Jetzt beerdigen Sie es sang- und klanglos. Hier kann man schon einmal die Frage stellen, wie glaubwürdig Ihre vollmundigen Ankündigungen eigentlich sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt soll das neue Familiengeld angeblich Wahlfreiheit für Familien bringen. Jetzt aber wirklich, so die CSU. 250 Euro im Monat für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr sollen das sicherstellen. Wir, die GRÜNEN, werden ganz genau hinschauen, ob wirklich alle Familien vom Familiengeld profitieren. Das Familiengeld darf natürlich nicht auf Harz IV angerechnet werden.

Klar ist auch, dass das Geld für Familien sicher ein schönes Geschenk ist. Wer freut sich denn nicht über etwas mehr Geld? Spricht man jedoch mit Familien und fragt diese, was sie wirklich brauchen, dann steht an erster Stelle nicht mehr Geld. Wir, die GRÜNEN, haben letzte Woche eine Umfrage gemacht und gefragt: Womit ist den Familien mehr geholfen: längere Öffnungszeiten und mehr Personal für die Kinderbetreuung oder 250 Euro im Monat Kindergeld extra? Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Antwort war eindeutig: 45 % der Befragten wollen längere Öffnungszeiten und mehr Personal in den Kitas.

(Manfred Ländner (CSU): Habt ihr in München gefragt? Ihr hättet mal nachfragen sollen, woher die Familien kommen!)

Mehr Geld wollten nur knapp 19 %. Haushalte mit Kindern – darum geht es ja auch – wünschen sich eine Kinderbetreuung, die zu ihrem Leben passt, und nicht ein Leben, das sich an die Kinderbetreuung anpassen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, das Familiengeld wird ungefähr eine halbe Milliarde Euro im Jahr kosten. Das Problem ist nicht, das betone ich ganz bewusst, dass wir eine halbe Milliarde Euro für Familien ausgeben, sondern dass wir uns als politische Akteure eher die Frage stellen müssen, was Familien wirklich brauchen und wie wir sie bestmöglich unterstützen können.

Wir, die GRÜNEN, haben vor ein paar Wochen ein Vernetzungstreffen mit Alleinerziehenden durchgeführt. Wir haben sehr häufig gehört, dass flexiblere Betreuungsangebote, längere Öffnungszeiten der Kitas und Kindergärten und ein massiver Ausbau der Hortbetreuung notwendig sind. Die Kinderbetreuung hört nach dem Kindergarten nämlich nicht auf. Auch während der Schulzeit müssen Betreuungsangebote angeboten werden. Wir brauchen Betreuungsangebote, die auch in den Ferien zur Verfügung stehen. Es kann nämlich nicht sein, dass Familien keinen Urlaub mehr zusammen machen können, weil sie den Urlaub so legen müssen, dass die Kinder in den Ferienzeiten durchgehend betreut sind. Für eine Alleinerziehende oder einen Alleinerziehenden ist es ja noch viel komplizierter. Und was möchten Familien auch noch? – Sie möchten natürlich Betreuungsangebote, in denen ihre Kinder liebevoll betreut und gut gefördert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Realität fehlt vielen Kitas das Personal für längere Öffnungszeiten und eine adäquate pädagogische Arbeit. Viele Kitas und Horte sind chronisch unterfinanziert. Die Kommunen klagen, dass sie die Kosten für den Kitausbau kaum mehr tragen können.

Außerdem wurde von den Vorrednerinnen schon angesprochen, dass wir in Bayern zu wenig Hebammen und zu wenig bezahlbaren Wohnraum haben. Auch die Kinderarmut ist in Bayern massiv hoch, und das bricht einem in einem so reichen Land das Herz. So darf es nicht weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen müssen wir genau an diesen Punkten ansetzen. Wir brauchen zum Beispiel eine bessere Finanzierung der Kindergarten- und Hortplätze. Wir brauchen endlich ein eigenes Investitionsprogramm für längere Öffnungszeiten. In einem ersten Schritt brauchen wir Öffnungszeiten bis mindestens 20 Uhr. Ich verstehe es nicht: Es gab einmal ein Sonderprogramm für längere Öffnungszeiten, das die CSU wieder abgeschafft hat. Ich bin der Meinung, dass wir dieses Programm dringend wieder einführen müssen, damit wir die Flexibilität bei der Betreuung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter einen Hut bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Schlüssel dazu ist eine attraktivere Gestaltung des Berufs der Erzieherinnen und Erzieher. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen, einen höheren Betreuungsschlüssel und von Anfang an eine bessere Bezahlung. Mich ärgert es massiv, dass Erzieherinnen und Erzieher in der Ausbildung nur ein Taschengeld und kein gescheites Gehalt bekommen. Das muss sich dringend ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die einzelnen Punkte habe ich schlagwortartig angesprochen. Wenn wir in die Infrastruktur investieren würden, kämen wir der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirklich näher, aber nicht mit einem eilig aus dem Hut gezauberten Familiengeld, das sich im Wahlkampf schön anhört, mit dem aber die Infrastruktur leider nicht gestärkt wird. Genau diese Infrastruktur müssen wir stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Wittmann von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Mechthilde Wittmann (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mit großem Interesse Ihre Kritik an den furchtbaren Verhältnissen für die Familien in Bayern zur Kenntnis genommen. Lassen Sie mich

aber zuerst eines vorausschicken: Frau Kollegin Gottstein, Sie haben gesagt, es wäre lächerlich, wenn die CSU "das Beste für Bayern" will. Ich sage Ihnen eines: Das ist der Anspruch, dieses Land zu regieren. Wir wollen das Beste für unsere bayerische Bevölkerung.

(Beifall bei der CSU – Ruth Müller (SPD): Dann frage ich mich, was das Beste ist!)

Ferner haben Sie kritisiert, dass wir eine Menge Geld dafür in die Hand nehmen. Damit haben Sie vollkommen recht. Wir wollen möglichst viel Unterstützung dort leisten, wo wir glauben, dass Gesellschaft beginnt, nämlich im Kernbereich des Zusammenlebens der Familie. Ja, das tun wir. Ich sage Ihnen auch, warum wir dies tun können. – Wir können dies tun, weil Bayern ein finanziell gesundes Land ist, in dem viele, annähernd alle Bürger, einem Beruf nachgehen, aus dem sie viele Steuern zahlen, die ihnen jetzt zurückgegeben werden sollen. Das lassen wir von Ihnen nicht kritisieren.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Rauscher, über Sie war ich ganz besonders erstaunt, weil ich Sie eigentlich als eine Kollegin kenne, die sich mit den Fakten befasst. Offenkundig war Ihnen das dieses Mal nicht möglich. Sie sagten, das Betreuungsgeld werde gestrichen. Wörtlich sagten Sie, das Landeserziehungsgeld ist einfach weg und es gäbe keine Nachhaltigkeit bei dem Geld für die Familien. Fakt ist, dass wir das Betreuungsgeld eingeführt haben. Fakt ist, dass Olaf Scholz von der SPD dagegen geklagt hat, um es wegzubekommen. Fakt ist auch, dass Bayern das Betreuungsgeld als einziges Bundesland nahtlos übernommen und weiter bezahlt hat.

(Beifall bei der CSU)

Nur in Bayern – –

(Markus Rinderspacher (SPD): Und jetzt schaffen Sie es ab! Jetzt korrigieren Sie es! Das ist doch lächerlich! – Volkmar Halbleib (SPD): Damit geben Sie Olaf Scholz recht! Wunderbar! – Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, darf ich davon ausgehen, dass die Kürzung der Redezeit dann bei den Parteien stattfindet, die sie nutzen?

Meine Damen und Herren, Fakt ist, dass wir nur in Bayern das Betreuungsgeld weitergeführt haben. Fakt ist auch, dass es nur in zwei Bundesländern ein Landeserziehungsgeld gibt, nämlich in Sachsen, wo schon immer die CDU mitregiert, und in Bayern.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und deshalb schaffen Sie es ab!)

Jetzt fassen wir beides zu einem Familiengeld zusammen, das noch mehr Familien zugutekommt als bisher, weil nunmehr auch der einkommensabhängige Teil teilweise einkommensunabhängig wird. Und wir erhöhen und verlängern es. Nirgendwo ist Familienpolitik so nachhaltig und so gut ausgestattet wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Ganz offensichtlich hat diese Unbeholfenheit der CSU – ich zitiere Sie, Frau Kollegin Rauscher – dazu beigetragen, in Bayern die besten Verhältnisse im ganzen Bundesgebiet zu schaffen. Dazu darf ich Ihnen ein paar Zahlen anbieten. Nachdem Sie mit Zahlen gearbeitet haben, möchten Sie die sicher wissen.

Beispielsweise haben wir im Bundesgebiet bei den nach SGB II leistungsberechtigten Kindern eine Quote von durchschnittlich nahezu 15 %. Möchten Sie raten, wie hoch diese Quote in Bayern, in diesem schlechten Land, ist? – 6 %! Die Quote der Armutsgefährdeten unter den Alleinerziehenden liegt in Deutschland bei 44 %. Raten Sie einmal für Bayern. – 36 %! Das ist immer noch zu hoch. Wir wollen das verbessern, wir gehen ran. Das Familiengeld ist ein Instrument dazu. Mit dem Familiengeld kommt diesen Müttern so viel zugute wie keiner anderen Gruppe. Bisher waren es in Bayern

4.200 Euro in Summe. Ab sofort sind es 6.000 Euro. Andere Bundesländer geben nichts. Null! Die Quote der Armutsgefährdung bei Mehrkindfamilien liegt im Bundesgebiet bei 28 %. Raten Sie für Bayern. – 17 %!

(Ruth Müller (SPD): 17 % sind immer noch zu viel!)

Bayern ist bei allen diesen Quoten besser. Ja, am liebsten wäre es mir, sie lägen alle bei null Prozent. Das wäre mir am liebsten. Wir arbeiten daran, wir tun dafür alles. Wir nehmen das Geld, das die bayerische Bevölkerung so hart erarbeitet hat, in die Hand und geben es insbesondere den Familien. Das ist uns ganz wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben gesagt, es gäbe keine Wahlfreiheit und wir sollten in die Kitas investieren. Dazu darf ich Ihnen die nächsten Zahlen nennen. Die Landesmittel für die Betriebskostenförderung liegen in Bayern allein für 2018 bei 1,7 Milliarden Euro für alle Kitas und bei einer halben Milliarde für die Kitas für die Unter-Dreijährigen. Das erreicht kein einziges Bundesland.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Das ist so!)

54 % der Grundkosten der Kinderbetreuung werden in Bayern vom Staat getragen. Kein einziges Bundesland deckt das ab. Teilweise erreichen Länder, in denen Sie regieren, nicht einmal 20 %. Und da wollen Sie sagen, in Bayern würden die Familien abgehängt.

Frau Kollegin Gottstein, ich komme noch ganz kurz zu den Hebammen, für die die Situation angeblich so schlecht wäre. Als einziges Land gewährt Bayern einen Hebammenbonus von 1.000 Euro. Das ist ein Anfang; wir werden diese Förderung weiterführen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, es gäbe noch viel zu sagen, auch zur Integration von ausländischen Kindern. Darüber sprechen wir an anderer Stelle. Ich bin dankbar dafür, dass der neue Ministerpräsident alle Familien im Blick hat, die Alleinerziehenden, die Familien mit vielen Kindern, die Familien, die ganz normal leben, und die Familien, die besonders zusammengesetzt sind. Wir sind dafür dankbar. Wir geben unser bayerisches Geld gerne dahin, wo es am besten aufgehoben ist, nämlich bei den Familien.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Vogel von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Steffen Vogel (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Menschen in Bayern unsere Debatte verfolgen und der Opposition zuhören, bekommen sie den Eindruck, dass sie in Bayern in einem Dritte-Welt-Land leben.

(Beifall und Zurufe von der CSU: Bravo! – Markus Rinderspacher (SPD): Meine Güte, was für ein Quatsch!)

Das Bild, das Sie von der Situation bayerischer Familien zeichnen, gibt überhaupt nicht die Realität wieder. Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie weiterhin Bayern und die bayerische Familienpolitik schlechtreden, wird Ihnen das im Oktober überhaupt nicht helfen.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Immer diese blöden Reden! Wir führen hier eine parlamentarische Debatte!)

Das Lebensgefühl der Menschen ist ein ganz anderes als das, was Sie hier als Jammer- und Zerrbild zeichnen.

(Ruth Müller (SPD): Sie können das Land nur mit Geld zuschütten!)

Sie sprechen von heißer Luft, die wir im Landtag verbreiten. Sie sprechen davon, dass wir rumtapsen. Sie sagen, dass uns die Familien in den letzten Jahren nichts wert gewesen wären.

(Manfred Ländner (CSU): Nur noch Unwahrheiten! Das ist euer Stil! – Markus Rinderspacher (SPD): Das behaupten Sie!)

Ich verstehe, dass Sie angesichts der Umfragewerte nervös sind. Bei Umfragewerten von 15 % wäre ich an Ihrer Stelle auch nervös. Das erklärt einiges.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sind Sie nervös? 13 %!)

Zu behaupten, dass uns die Familien nichts wert wären, ist einfach grotesk. Wir haben es schon gehört: 1,7 Milliarden werden für die Betriebskosten ausgegeben. Kein anderes Bundesland gibt so viel aus. Sie sagen, auch für die Steigerung der Qualität sei nichts passiert. Wir haben den Anstellungsschlüssel von 1 : 12,5 auf 1 : 11,5 gesenkt. Wir haben den Basiswert um über 100 % angehoben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nur Unsinn! Nur Ausreden!)

– Ein gewisser Anstand und den Redner ausreden zu lassen, das ist dem Herrn Rinderhuber, Rinderberger oder wie auch immer fremd. Die Bevölkerung Bayerns kennt Sie ja auch nicht!

(Zurufe von der SPD: Oje, oje!)

Die Lebenssituation in Bayern ist eine ganz andere. Wir haben zum Beispiel die pädagogischen Qualitätsbegleiter eingeführt. Wir haben den Betriebskostenzuschuss erhöht. Wir haben den Basiswert von 767 Euro auf knapp 1.200 Euro erhöht. Deshalb haben wir auch eine realistische Betreuungsquote von durchschnittlich 1 : 9,16 in den bayerischen Kindertagesstätten. Deshalb lassen wir uns die Familienpolitik in Bayern nicht von Ihnen schlechtreden.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt gibt es das vierte Sonderinvestitionsprogramm mit 180 Millionen Euro, um neue Plätze zu schaffen. Vorher waren es 80 Millionen. 180 Millionen geben wir als Sonderförderung zusätzlich zu den FAG-Mitteln in Höhe von 35 %. Das heißt, wir haben jetzt eine Förderung von 85 %. Was passiert? – 90 Millionen aus diesem Förderprogramm sind jetzt bereits fest eingeplant. Das sind 12.500 Plätze.

(Ruth Müller (SPD): Da sieht man, wie hoch der Nachholbedarf ist!)

Das Geld wird abgerufen. Es wird insgesamt 25.000 bis 30.000 neue Betreuungsplätze geben, und ich darf feststellen: Das Geld steht für die Schaffung der Betreuungsplätze zur Verfügung!

Wir als Parlament beschließen nicht, wie viele Betreuungsplätze es beispielsweise in Weiden, Hof, Bamberg oder München gibt. Das entscheidet die Kommune. Wir stellen 85 % bis 90 % Fördergelder zur Verfügung. Abrufen muss das Geld aber die Kommune. Auch die Öffnungszeiten einer Kindertagesstätte legt doch nicht der Freistaat Bayern fest, sondern die Öffnungszeiten einer Kindertagesstätte legt die Kommune fest.

Deshalb müssen Sie zunächst einmal das System verstehen. Sie müssen die Verantwortlichkeiten dahin verlagern, wo sie hingehören. Sie dürfen uns nicht vorwerfen, wenn auf kommunaler Ebene, insbesondere da, wo die SPD regiert, Familien schlechtere Rahmenbedingungen haben als in den Kommunen, in denen wir die Verantwortung tragen.

(Zuruf von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU)

Wenn Sie uns nun vorhalten, das Familiengeld sei nicht nach Einkommen gestaffelt, halte ich dem entgegen, dass die Befreiung von den Kindergartengebühren und den Kindertagesstättengebühren auch nicht gestaffelt ist. Ich habe dem Herrn Kollegen Aiwanger in der Debatte damals entgegengehalten: Herr Kollege Aiwanger, Sie würden es ja auch bekommen.

(Florian von Brunn (SPD): Nehmen Sie doch einmal Ihre Hand aus der Tasche! –
Gegenruf von CSU: Das geht Sie nichts an!)

– Herr Kollege von Brunn, das ist meine Sache. Das geht Sie überhaupt nichts an.
Null Komma null geht Sie das an, ich kann machen, was ich will.

(Ingrid Heckner (CSU): Wo bleibt denn da der Anstand?)

Ich wiederhole: Das Familiengeld ist nicht gestaffelt, aber die Gebührenfreiheit ist auch nicht gestaffelt.

(Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie nun fragen, was mit dem Landeserziehungsgeld ist, was mit dem Betreuungsgeld ist, dann sage ich Ihnen: Wir schaffen es nicht ab, sondern wir erweitern es. Sie müssen sehen, Familien haben das Landeserziehungsgeld. Sie hätten das Betreuungsgeld. Jetzt bekommt eine Familie – so muss man es rechnen – 6.000 Euro während der Zeit, in der das Kind zwischen ein und sechs Jahre alt ist. Zusätzlich bekommt sie im letzten Kindergartenjahr 100 Euro erstattet. Das heißt, wir haben jetzt eine Familienförderung, die sich bis zur Einschulung auf 7.200 Euro beläuft. Nur die Eltern in Bayern bekommen dieses Geld. In keinem anderen Bundesland gibt es Ähnliches.

(Beifall bei der CSU)

In dieser Hinsicht lassen wir uns also keine Vorwürfe machen. Was generell von Ihnen verkannt und mit keinem Wort erwähnt wird, ist Folgendes: Ministerpräsident Söder hat in der Regierungserklärung deutlich gemacht, dass 2.500 Kräfte zusätzlich in bayerischen Kindertagesstätten hinzukommen. Das ist ein kräftiger Aufschlag. 2.500 Ergänzungskräfte! Wir lassen uns also, wie gesagt, die Situation nicht schlechtreden.

Wissen Sie, woran Sie erkennen können, dass die Lebensmöglichkeiten in Bayern ganz anders sind, als Sie es schildern? – Die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands stimmen mit dem Umzugswagen ab und gehen dahin, wo die Lebensbedingungen für die Familien am besten sind. Bayern wächst.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber die Wohnungen fehlen!)

Aus dem ganzen deutschen Bundesgebiet ziehen die Menschen nach Bayern, weil dort die Lebensbedingungen und die Arbeitsperspektiven sowie die Rahmenbedingungen für Familien besser sind als in jedem anderen Bundesland.

(Zuruf von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir lassen uns also unsere Politik nicht schlechtreden und freuen uns auf die Umsetzung des Regierungsprogramms. Die CSU will das Beste für Bayerns Familien.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke sehr, Herr Kollege. – Als nächste Rednerin hat Frau Staatsministerin Schreyer das Wort.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich die Debatte so anhört, stellt man fest, die SPD muss eine wahnsinnige Angst haben. Wie man eine so schöne familienpolitische Debatte ausschließlich mit Angstschreien begleiten kann – die Kollegen haben es eben dargestellt –, ist unglaublich.

(Zuruf von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben nicht richtig zugehört, Frau Ministerin!)

Man muss immer sehen, wer welche Aufgabe hat. Aus meiner Sicht hat Politik die Aufgabe, Familien den Rahmen zu bieten, dass sie eine echte Wahlfreiheit haben und entscheiden können, wie sie als Familie leben wollen. Dazu gehört ganz wesentlich,

dass wir die Familien finanziell so unterstützen, dass sie entscheiden können, ab wann sie ihr Kind in die Kita geben möchten und wie sie das Familienleben gestalten wollen.

Wenn wir nicht werten wollen, dann muss die Antwort lauten: Wir geben ein Familiengeld an jede Familie.

(Florian von Brunn (SPD): Natürlich im Wahljahr ganz besonders!)

Wir geben es an jede Familie, ungeachtet, ob sie Hartz IV bezieht, ungeachtet, ob sie das Kind zu Hause betreuen möchte, und ungeachtet, ob jemand berufstätig ist. Wir geben es jedem. Ich bin sehr froh, dass der Herr Ministerpräsident ein offenes Ohr für die Idee hatte, die im Arbeitskreis Sozialpolitik der CSU-Fraktion geboren wurde. Wir sagen, wir geben ein bayerisches Familiengeld.

(Beifall bei der CSU)

Es geht um die Wertschätzung, und es geht um die Frage einer echten Wahlfreiheit. An dieser Stelle werden wir den Familien sehr gerecht. Der SPD werden wir nicht gerecht. Das macht aber nichts. Hauptsache wir erreichen die Familien, damit diese so leben können, wie sie es wollen.

(Beifall bei der CSU)

Was mich ärgert, ist, dass offensichtlich der Bereich Betreuung und der Bereich Familiengeld gegeneinander ausgespielt werden, obwohl jeder hier im Hohen Haus, der kommunalpolitische Erfahrung hat, weiß, dass der Kitausbau unabhängig vom Familiengeld aus einem ganz anderen Topf finanziert wird. Dieser ist ungedeckelt. Wenn die Kommune einen Antrag stellt, bekommt sie das, was sie braucht. Deshalb ist es natürlich völlig unsinnig, die beiden Dinge gegeneinander auszuspielen. Wir sollten froh sein, beides tun zu können.

(Beifall bei der CSU)

Manche Zahlen gingen durcheinander. Die Kolleginnen und Kollegen der CSU haben das sehr gut dargestellt. Es war im Grunde eindeutig verstehbar, dass es um die ein- bis zweijährigen Kinder geht und um die 24 Monate mit je 250 Euro. Es hat also jede Familie mit 6.000 Euro mehr Geld in der Tasche als bei allen anderen Leistungen vorher. Jede Familie hat mehr Geld.

(Beifall bei der CSU)

Wir entwickeln das Landeserziehungsgeld und das Betreuungsgeld weiter. Wir binden es in eine Familienleistung ein. Das hat damit zu tun, dass wir Gott sei Dank viele Familienleistungen haben. Aber es ist im Grunde sinnvoller, wenn wir alles so weit zusammenführen können, dass es unbürokratischer funktioniert. Die Familien wissen, was sie bekommen. Wir müssen nicht die ganze Zeit überlegen: Wer hat was, wann und wie. Wir schaffen die Zusammenführung, und beim dritten Kind kommen noch einmal 300 Euro dazu. Das sind dann 7.200 Euro, und das ist definitiv mehr, als man bisher je an dieser Stelle bekommen konnte.

(Beifall bei der CSU)

Die Kitaplätze habe ich eben angesprochen. Der Kollege Vogel hat es ebenfalls deutlich formuliert: Der Topf ist ungedeckelt. Die Kommune kann das Geld beantragen. Wenn Sie der Regierungserklärung aufmerksam gefolgt sind, haben Sie mitbekommen, dass wir versuchen, 2.000 Tagespflegeplätze – sprich Tagesmütter – zu organisieren, die die Erzieherinnen bei ihrer Arbeit unterstützen. Damit kommen wir der Frage nach den Randzeiten ein ganzes Stück näher. Wir sehen diese Möglichkeit vor, weil wir alle wissen, dass wir im Grunde zu wenig Personal haben. Wir werden unsere Erzieherinnen dadurch an dieser Stelle noch etwas entlasten, und jeder qualifizierte Mitarbeiter mehr in einem Kindergarten kommt unseren Kindern zugute. Deswegen ist dieser Aufschlag auch so wichtig.

(Beifall bei der CSU)

Ja, wir bauen weiterhin die Kindergärten und die Horte aus. Zuständig ist als Antragsteller immer die Kommune. Wir vollziehen lediglich. Der Topf ist, wie gesagt, ungedeckelt, und ja, wir trauen den Familien zu, dass sie selbst entscheiden können, welche familiäre Lebensform sie leben und wie weit sie die Kita in Anspruch nehmen möchten. Deswegen bekommt von uns jede Familie das Geld, und das gibt es eben nur in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke sehr, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.